

## **Antrag**

**der Abg. Rainer Hinderer u. a. SPD**

### **Der Pharmaskandal in Brandenburg und mögliche Auswirkungen auf die Arzneimittel- und Patientensicherheit in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wann und auf welchem Weg sie von dem Pharma-Skandal erfahren hat;
2. wie viele bzw. welche Pharmahändler und Apotheken in Baden-Württemberg zwischen 2015 und 2017 vom brandenburgischen Unternehmen L. mit Medikamenten beliefert wurden;
3. wie viele Patientinnen und Patienten in Baden-Württemberg dabei zwischen 2015 und 2017 über die besagte Firma Medikamente bzw. insbesondere Zytostatika erhalten haben, für die im Rahmen der Aufarbeitung des Pharma-Skandals zwischenzeitlich ein behördlicher Rückruf eingeleitet wurde;
4. wie die betroffenen Patientinnen und Patienten sowie Apotheken in Baden-Württemberg über den Pharma-Skandal und den Medikamenten-Rückruf informiert wurden;
5. wie der Rückruf bzw. die Kommunikation im Hinblick auf verunreinigte, wirkungslose bzw. gefälschte Medikamente in Baden-Württemberg grundsätzlich organisiert ist;
6. welche Konsequenzen sie aus dem Skandal in Bezug auf die Arzneimittelsicherheit und -aufsicht für Baden-Württemberg zieht;
7. welche Schwachstellen sie im Hinblick auf die Arzneimittelversorgung bzw. Arzneimittelsicherheit sieht;
8. wie sie zur Forderung nach Abschaffung der Quote von Arzneimittelimporten steht;
9. welche Kenntnisse sie über Anzahl und Entwicklung von Rückrufen illegaler, gefälschter oder verunreinigter Medikamente in Krankenhäusern und Apotheken in Baden-Württemberg in den vergangenen fünf Jahren hat;
10. welche Möglichkeiten den zuständigen Behörden in Baden-Württemberg zur Verfügung stehen, um die Arzneimittelsicherheit (Qualitätskontrolle und Überwachung) insbesondere auch zur Sicherung der erforderlichen Kühl- und Lagervorschriften zu gewährleisten;
11. ob bzw. inwieweit sie besondere Maßnahmen plant, um Arzneimittelfälschungen zu unterbinden bzw. aufzudecken.

06.08.2018

Hinderer, Gruber, Kenner, Dr. Weirauch, Wölfle SPD

## Begründung

Verschiedene Zeitungen (darunter die Süddeutsche Zeitung und die Welt am 21. Juli 2018 sowie die Lausitzer Rundschau und Focus am 22. Juli 2018) und allen voran das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ (am 12. Juli 2018) haben jüngst über den Pharma-Skandal um Medikamente und Zytostatika berichtet, die in Griechenland gestohlen und über die brandenburgische Firma L. im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 auch an Pharmahändler und Apotheken in Baden-Württemberg verkauft wurden.

Die Behörden gehen davon aus, dass die auf diesem Wege gehandelten Medikamente unwirksam sein könnten, weil die erforderlichen Kühl- und Lagervorschriften nicht eingehalten wurden. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln, zumal auch die griechischen Behörden in diesem Zusammenhang eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit nicht ausschließen können. Das brandenburgische Gesundheitsministerium hat eine Rückrufaktion der betroffenen Medikamente und eine Informationskampagne gestartet. Aufgrund der Vorfälle und unzureichender Aufsicht und Kontrolle wurde eine Sondersitzung des Landtags von Brandenburg anberaumt.

Der Antrag soll mögliche Auswirkungen des Skandals auf Patientinnen und Patienten in Baden-Württemberg in Erfahrung bringen und erfragen, wie der Rückruf bzw. die Kommunikation im Hinblick auf verunreinigte, wirkungslose bzw. gefälschte Medikamente in Baden-Württemberg organisiert ist und wie die Arzneimittelsicherheit im Land gewährleistet wird.